

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

22. August 2002 A4-0245/00

BERICHT

über den regelmäßigen Bericht der Kommission die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik

zum Stand der Vorbereitung der Türkei auf den Beitritt zur EU

**Dokument zur
"Simulation Europäisches Parlament" (SIMEP)
im Abgeordnetenhaus von Berlin, 19. September 2000**

Veranstalter:

Der Präsident des Abgeordnetenhauses
und die

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V. (JEB)

Landesverband der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF)

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, D-10405 Berlin

Tel.: 030/42 80 90 38, Fax: 030/42 80 90 36

Email: jeb@jef.de

Internet: www.jef.de/jeb/

Copyright: JEB, Marc-Oliver Pahl

Originalberichte des EP sind im Internet unter: <http://www.europarl.eu.int/plenary/de/default.htm> erhältlich

Entschließungsantrag

Das Europäische Parlament

1. stellt fest, dass die Türkei seit der Gewährung des Beitritts-Kandidatenstatus durch den Europäischen Rat von Helsinki im Oktober 1999 beachtliche Reformen zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten eingeleitet hat und auch die Wirtschaftsentwicklung positive Tendenzen aufweist;
2. fordert die Türkei jedoch auf, die Anstrengungen zur Beitrittsvorbereitung zu verstärken, um noch bestehende Defizite zu überwinden und zum Ende dieses Jahrzehnts die Kopenhagener Beitritts-Kriterien vollständig erfüllen zu können;
3. bekräftigt, dass es die Türkei bei ihrer Beitrittsvorbereitung nach Kräften unterstützt, und fordert alle anderen EU-Institutionen auf, es ihm gleich zu tun;
4. fordert im Wirtschafts- und Sozialbereich insbesondere
 - eine Stärkung der Berufsbildungssysteme in allen Gebieten der Türkei, um es allen Bürgern zu ermöglichen, sich entsprechend ihren Fähigkeiten in das Wirtschaftssystem einzubringen;
 - die Einführung einer effektiven Regionalpolitik zur Überwindung von Entwicklungs-rückständen in strukturschwachen Regionen;
 - die Öffnung aller EU-Bildungs- und Ausbildungsprogramme für türkische Staatsbürger und einen umfassenden Transfer von Know-How aus den EU-Staaten in die Türkei;
 - beim Ausbau der Verkehrs- und Energie-Infrastruktur und im Baubereich Umweltbelange hinreichend zu berücksichtigen;
5. fordert im politischen Bereich insbesondere
 - die strikte Beschränkung der politisch-juristischen Tätigkeit von Angehörigen des Militärs auf mit der Führung der Streitkräfte verbundene Aufgaben;
 - die Novellierung des Rechts der politischen Parteien, um die Transparenz der Arbeit und der Finanzierung der Parteien zu erhöhen und einen klaren Rahmen für staatliche Maßnahmen gegen politische Parteien zu geben;
 - die Erhöhung der finanziellen Unterstützungen der EU für die Stärkung bürger-gesellschaftlicher Organisationen in der Türkei auf mindestens 25 % der Gesamtförderung der Türkei durch die EU;
 - eine Verstärkung der Anstrengung der türkischen Regierung, um zusammen mit den politischen Kräften auf Zypern, der griechischen Regierung und der EU bis spätestens Ende 2003 zu einer Lösung in der Zypernfrage zu gelangen;
 - eine Verstärkung der Bemühungen der türkische und griechischen Regierung, zu einer einvernehmlichen Lösung der Grenzfragen in der Ägäis zu kommen;
6. fordert im Bereich Menschen- und Minderheitenrechte insbesondere
 - die Ergreifung geeigneter Maßnahmen, um die immer noch zahlreichen unzulässigen Gewaltanwendungen durch Polizisten, Justizvollzugsbeamte und sonstige Staatsbedienstete zu unterbinden, z.B. durch regelmäßige Inspektionen durch unabhängige Institutionen;
 - die Sicherstellung der praktischen Umsetzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Medienfreiheit und der Bildungsfreiheit für alle Bürger der Türkischen Republik, auch die Bürger, die sich einer Minderheitsgruppe zugehörig fühlen;
 - den Erlass von Rechtsvorschriften, die der Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen in der Türkei eine ausreichende rechtliche Grundlage geben;
7. fordert den Rat und die Kommission auf, bei weiteren Fortschritten im bisherigen Tempo im Jahr 2003 formelle Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen.